

## **Das ‚Ganze‘ verändern!**

### **Wenn es im Kapitalismus keine Alternativen gibt, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.**

Das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar e.V. hatte 2004 seine Mitglieder, befreundete Gruppen und Einzelpersonen eingeladen, an der Ausarbeitung einer

#### **Position zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krise**

mitzuwirken.

Während eines Jahres wurden intensive Diskussionen über das Positionspapier geführt. Rückmeldungen und Veränderungsvorschläge wurden im AK Theologie und Politik des Ökumenischen Netzes diskutiert. Der aktuelle Text wurde dann von der Netzversammlung am 9. Juli 2005 verabschiedet.

Unser Text knüpft an die sog. Reformpolitik der letzten Jahre an. ‚Reform‘bedarf wird lediglich bei Systemen sozialer Sicherheit gesehen. Das „Soziale“ soll neu gedacht und „reformiert“ werden. Aber es wird immer deutlicher: Nicht „das Soziale“, sondern das ‚Ganze‘ unseres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebensmodells muss verändert werden. In seinem Rahmen gibt es offensichtlich keine humanen Lebensperspektiven für alle Menschen auf der Erdkugel.

Deshalb nehmen wir das ‚Ganze‘ in Blick. Dabei reflektieren wir die Erfahrungen, die wir in unserer Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in den letzten Jahren gemacht haben, und die wirtschaftlichen und politischen Grenzen, auf die wir immer wieder gestoßen sind. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir dies aus der Perspektive von Christinnen und Christen aus einem Land der kapitalistischen Zentren tun.

Unsere Erfahrungen und Sichtweisen stellen wir in den Zusammenhang des ‚Processus confessionis‘ (Prozess des Bekenntens) gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die Bedrohung des Friedens und Naturzerstörung. Dazu haben die 8. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 1998 in Harare / Simbabwe sowie die westeuropäischen Delegierten des ÖRK 2002 in Soesterberg / Niederlande aufgerufen. Die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes (Accra 2004) hat daraufhin einen „Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit“ geschlossen. Seinen vorläufigen Abschluss soll dieser Prozess bei der 9. Vollversammlung des ÖRK 2006 in Porto Alegre / Brasilien finden.

In Deutschland haben sich KAIROS Europa und die Ökumenischen Netze sowie katholische und evangelische Gruppen bereits mit Konferenzen und Aufrufen zum „Wirtschaften im Dienst des Lebens“ an diesem Prozess beteiligt. Denn das Bekenntnis von Christinnen und Christen ist herausgefordert durch

- à die Tatsache, dass der Globalisierung immer mehr Menschen durch Ausgrenzung und barbarische Formen der Gewalt zum Opfer fallen,
- à die Beobachtung, dass der Kapitalismus im Zuge seiner globalen Durchsetzung zunehmend „religiöse Züge“ annimmt.

In diesem Rahmen wollen wir Erfahrungen benennen, die viele von uns mit der Globalisierung im Alltag machen – Erfahrungen, die Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Ausgrenzung beinhalten und wahrnehmen. Wir wollen aber auch Orientierungen formulieren, die für unser politisches Handeln unverzichtbar sind. Wir werden versuchen, unsere Sicht und unser Engagement in die Prozesse der Sozialforen, in unsere alltägliche Arbeit an der Basis, aber auch in die unterschiedlichsten kirchlichen Zusammenhänge einzubringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der processus confessionis und die mit ihm verbundenen wirtschaftlichen, politischen und theologischen Konsequenzen in unseren Kirchen eine breitere Basis finden.

---

*Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung der Juden ebenso wie die rassistische Apartheid forderten das Bekenntnis der Kirchen (status confessionis) heraus. Ohne entschiedenen Widerspruch konnten die Kirchen ihrem Glauben nicht treu bleiben. Heute stehen die Kirchen angesichts des Kapitalismus vor der Frage nach dem Bekenntnis der Kirchen..*

---

## 1. Erfahrungen, die wir in unserer Arbeit machen...

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind die Anliegen, die sich die christlichen Kirchen im Rahmen des konziliaren Prozesses zu eigen gemacht haben. Für viele waren damit die Visionen von weltweiter Gerechtigkeit, neuen Möglichkeiten für den Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sowie Hoffnungen auf ein neues Verhältnis zur Schöpfung verbunden. Inzwischen ist bei vielen von uns Ernüchterung eingetreten. Trotz allen Bemühens ist es uns nicht gelungen, durch Kampagnen und in Gesprächen mit VertreterInnen aus Wirtschaft und Politik humane und ökologische Perspektiven nachhaltig durchzusetzen.

*Nach Ende des Kalten  
Krieges gab es  
Hoffnungen auf einen  
Paradigmenwechsel von  
militärischer zu sozialer  
Sicherheit. Eine  
Friedensdividende,  
soziale Verteidigung etc.  
gehören in diesen*

Statt dessen kommt es im Rahmen der Globalisierung und der mit ihr verbundenen Standortkonkurrenz zu Prozessen verschärfter Ausgrenzung und Sozialabbau in den Industrieländern, zu alten und neuen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung, wie wir sie als Folgen der Strukturanpassungsprogramme in den verschuldeten Ländern des Südens kennen. Dabei verschieben sich die Leitbilder: Nicht mehr der ‚reiche‘ Norden ist ‚Vorbild‘ für die ‚Entwicklung‘ des ‚armen‘ Südens, sondern umgekehrt: Die ‚Entwicklungen‘ im Norden und Osten führen immer mehr zu Verhältnissen, wie sie uns bisher nur aus den ‚armen‘ Ländern vertraut waren.

Politisch legitimiert wird das umgekehrte Entwicklungsparadigma mit der behaupteten Notwendigkeit von ‚Reformen‘ und ‚Modernisierungen‘. ‚Reform‘ aber heißt im gegenwärtigen Sprachgebrauch: ‚Modernisierung‘ zur nationalen Wettbewerbsgesellschaft. Politisch durchgesetzt wird das ‚Modernisierungsprojekt‘ durch Nationalstaaten, die sich im Interesse nationaler Wettbewerbsfähigkeit aus sozialstaatlicher Verantwortung verabschieden. An die Stelle des Sozialstaates tritt der nationale Wettbewerbsstaat, für den die Konkurrenzfähigkeit der Standorte zur obersten Maxime wird. Solche ‚Modernisierungen‘ sind damit verbunden, dass immer mehr Menschen weltweit überflüssig gemacht werden. Der Konkurrenzkampf der Standorte ist ein Wettbewerb um möglichst niedrige soziale und ökologische Standards. Er führt zu Armut und Arbeitslosigkeit, zu Lohndumping, zu Knappheit in den öffentlichen Haushalten und dem damit verbundenen Sozialabbau – bei gleichzeitig wachsendem privatem Reichtum.

Der nationale Wettbewerbsstaat aber ist kein schwacher, sondern ein zunehmend autoritärer und repressiver Staat, der seine repressiven und aggressiven Maßnahmen nach innen vor allem gegen überflüssig gemacht und ausgegrenzte Menschen (Arbeitslose, Obdachlose, Flüchtlinge) richtet und nach außen militärisch zur Verteidigung seine wirtschaftlichen und politischen Interessen einsetzt (u.a. in der Terrorismusbekämpfung). Die „Krise der Politik“ identifizieren wir genau in diesem Formwandel des Staates.

Wenn wir beim Kampf gegen Sozialabbau nur an unsere Gesellschaft denken, greifen wir zu kurz. Wenn wir die ‚soziale‘ Marktwirtschaft in Deutschland mit ihrem Versprechen (nationalen) ‚Wohlstands für alle‘ im Blick haben, übersehen wir, dass dieses ‚Modell‘ – trotz seines formulierten Zieles eines sozialen Ausgleichs – auch ein ausgrenzendes Modell war: Es kam vor allem dem gut ausgebildeten, vollzeitarbeitenden, unbefristet beschäftigten „Normalverdiener“ zu gute. Frauen, die unbezahlte Familienarbeit zu verrichten hatten, die südlichen Länder, die als Lieferanten billiger Rohstoffe dienten sowie die Natur, deren Güter nahezu kostenfrei verbraucht wurden, profitierten weit weniger bzw. gar nicht von diesem Modell. Zudem war die „soziale“ Marktwirtschaft nur von relativ kurzer Dauer – dennoch wird sie im Rückblick idealisiert und prägt in den Köpfen der Mehrheit ein positives Bild einer kapitalistischen Gesellschaft.

Kampf gegen Sozialabbau kann deshalb nicht einfach heißen „Zurück zu den glücklichen Zeiten ‚Sozialer Marktwirtschaft‘“ und einem vermeintlich „sozial gerechten Kapitalismus“. Wir müssen vielmehr um humane Überlebens- und Lebensmöglichkeiten auf dem ganzen Globus kämpfen. Diese und der Globus selbst sind von der entfesselten Dynamik des globalisierten Kapitalismus bedroht.

***Wir, die Unterzeichnenden, stellen fest: Während die politische Rhetorik in Politik und Kirchen unseres Landes – auf der Linie des neoliberalen Zeitgeistes – den ‚Sozialstaat‘ als das Problem definiert, machen***  
***à die innergesellschaftlichen und weltweiten Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse,***

à *die Ungleichverteilung von Reichtum und Macht,*

à *die wachsenden Gewaltpotentiale,*

à *der Weg in die ökologische Katastrophe,*

à *die Behauptungen, keine Alternativen zu haben,*

*das ‚Ganze‘ wirtschaftlichen und politischen Handelns sowie der ideologischen Orientierung zum Problem*

## 2. Globalisierung als Ausdruck der Krise des Kapitalismus

Die zentrale Ursache der globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise erkennen wir vor allem im absoluten Vorrang der Kapitalvermehrung vor allen anderen Bedürfnissen. Im Kapitalismus kommt es immer wieder zu Verwertungskrisen des Kapitals, weil der Wettlauf um immer effektivere Formen der Produktion zu immer höheren Investitionen in Sachkapital zwingt. Dies führt zwar zu höherer Produktivität, aber auch dazu, dass immer mehr Menschen durch Maschinen ersetzt werden und damit die Arbeitskraft als Quelle der Wertschöpfung untergraben wird. Für Investitionen in Sachkapital werden immer höhere Summen erforderlich. Dies schmälert die durchschnittliche Gewinnrate und hemmt produktive Investitionen. In dieser Situation bieten die Finanzmärkte einen scheinbar attraktiven Ausweg. Sie eröffnen dem Kapital die Möglichkeit, sich durch Finanzgeschäfte zu vermehren.

Der mit dem Kapitalismus untrennbar verbundene Zwang zur ständigen Vermehrung des Kapitals führt zu einer immer schärferen Jagd nach immer neuen Verwertungsmöglichkeiten in Raum und Zeit: nach Globalisierung der Märkte, nach längeren und flexibleren Arbeitszeiten, Lohnkürzungen und Niedriglöhnen, nach Abschaffung des Sonntags, nach Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen und nach immer uneingeschränkterer Unterwerfung der Menschen unter die Forderungen der Kapitalverwertung. Die De-Regulierung der Finanzmärkte ist ein Teil der Strategien, dem Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten zu erschließen. Sie führte zu einer explosionsartigen Ausweitung der internationalen Finanzgeschäfte weitgehend ohne realwirtschaftliche Bindung. Dennoch verschärfen die drastisch erhöhten Profitmöglichkeiten auf den Finanzmärkten den Druck auf den produktiven Sektor, durch Kostensenkung die Rentabilität zu erhöhen. Das alles bedeutet für einen kleinen Teil mehr Reichtum und Wohlstand und für den großen Teil der Gesellschaften Arbeitslosigkeit, Zunahme ungeschützter Arbeit, Lohnneinbußen, Armut und Ausgrenzung. Während die einen materiell davon profitieren, dass das Kapital immer uneingeschränkter zur Hauptsache gemacht wird, werden immer mehr Menschen überflüssig gemacht. Wer ökonomisch nicht verwertbar ist, wird nur noch als ein die Gesellschaft belastender Kostenfaktor oder sogar als Bedrohung wahrgenommen.

---

*Die De-Regulierung der Finanzmärkte erhöht drastisch die Krisenanfälligkeit ganzer Staaten. Die südostasiatische Finanzkrise 1997/98, ausgelöst durch Währungsspekulationen, hat z.B. Millionen Menschen in Armut gestürzt und sie zog soziale Krisen in Russland, Brasilien u.a. nach sich.*

---

In der globalen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise, die wir gegenwärtig erleben, zeigen sich die dem Kapitalismus eigenen destruktiven Kräfte gegenüber Mensch und Natur mit besonderer Deutlichkeit. Der Kapitalismus zwingt in Form des Umbaus der Gesellschaften zu nationalen Wettbewerbsgesellschaften. Diese haben sich den Forderungen nach Mobilität und Flexibilität sowie nach Sparen und Sozialabbau zu unterwerfen. Gefordert sind immer neue ‚Anpassungsleistungen‘ an den einzigen Zweck, den der Kapitalismus kennt: den der tendenziell uneingeschränkten und grenzenlosen Verwertung des Kapitals. Diesem irrationalen Selbstzweck werden Mensch und Natur ‚geopfert‘. Unter den Zwängen globaler Konkurrenz und mit immer neuen technologischen Mitteln finden diese Prozesse immer beschleunigter statt.

Grundlage für die Verwertung des Kapitals sind die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, nach denen der gesellschaftlich produzierte Reichtum privat angeeignet werden kann. Der Macht der Eigentümer stehen Besitzlose gegenüber, die aufgrund des Mangels an Eigentum gezwungen sind, ihre Arbeitskraft für die Verwertung des Kapitals zur Verfügung zu stellen ohne selbst über die Produkte

ihrer Arbeit verfügen zu können. Im Rahmen der globalen Verwertungsstrategien der kapitalistischen Eigentümer wird ihre Macht zu einer globalen Macht. Ihnen gehört die Welt.

***Wir, die Unterzeichnenden, sehen in der neoliberalen Globalisierung als aktueller Phase des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells die zentrale Ursache für unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen.***

### 3. Die Welt wird zur Ware.

Die Strategien von Deregulierung, Kostensenkung und Privatisierung und die Suche nach immer neuen Verwertungsmöglichkeiten verleihen den Gütern unseres täglichen Lebens einen neuen Charakter: natürliche Heilmittel werden durch Patente zu privatem Eigentum, Wasser wird durch Privatisierung zu einer für viele unerschwinglichen Ware, Menschen werden auf ihre Verwertbarkeit reduziert. Aber auch die vielfältigen Lebenswelten der Menschen werden der Logik der Kapitalverwertung unterworfen. Dabei greift sie auf sexistische und rassistische Herrschaftsmechanismen zurück und stellt sie in ihren Dienst.

Menschliches Leben und Zusammenleben werden ökonomisiert. Der Verwertungsprozess bestimmt immer mehr menschliche Bedürfnisse, Arbeits- und Lebensweisen, Mentalitäten und Gewohnheiten. Soziale Sicherheit und Bildung, Lebensglück und Religion werden isolierten, aber über Kaufkraft verfügenden KundInnen als Ware angeboten. Es darf kein verwertungsfreier Raum mehr existieren. Die Welt wird zur Ware.

In diesen Prozessen der ‚In-Wert-Setzung‘ verlieren Menschen immer mehr die Autonomie über ihr eigenes Leben. Sie werden ihres eigenen Lebens enteignet – materiell und ideologisch. Materiell wird das menschliche Überleben weltweit an den Zugang zu Erwerbsarbeit und die Verfügung über Geld gekoppelt, traditionelle Formen der Lebenssicherung wie die Subsistenzproduktion, Familien- und Nachbarschaftshilfe befinden sich im rasanten Verfall. Ideologisch ist es offensichtlich gelungen, nicht zuletzt mit Hilfe der Massenmedien, Wahrnehmungs-, Deutungs- und Problemlösungsmuster durchzusetzen, die die Ökonomisierung der Gesellschaft als plausibel und notwendig erscheinen lassen. Dies konditioniert die Menschen, in einer ökonomistischen Logik wahrzunehmen und zu denken.

***Wir, die Unterzeichnenden, wehren uns gegen die Unterwerfung der Welt, der Gesellschaft und der Menschen unter die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass Menschen von Subjekten zu Objekten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse degradiert werden.***

### 4. Ökonomisierung des Menschen

In unserer Gesellschaft dominiert das Menschenbild der ‚Ich-AG‘, das Bild des für die Vermarktung seines „Humankapitals“ und seine Daseinsvorsorge ‚eigenverantwortlichen‘ Menschen. Es ist der flexibel und mobil für die Kapitalverwertung funktionierende Mensch. Zu dem Bild vom Menschen, das uns die jüdisch-christliche Tradition überliefert, gehört hingegen wesentlich seine Fähigkeit, fremdes Leid wahrzunehmen und sich an das zu erinnern, worunter Menschen in der Geschichte gelitten, worum sie gekämpft und worauf sie gehofft haben. Was der Mensch als Ich-AG jedoch vor allem lernen muss, ist Selbstbehauptung. Dabei ist gerade Vergessen eine wesentliche Voraussetzung für seinen Erfolg und sein Glück. Vergessen werden soll all das, was das Funktionieren für die Verwertung

---

***Beispiele sexistischer und rassistischer Herrschaft:***

\*Globaler Frauenhandel

\*Prostitutionstourismus,

\*ökonomische Benachteiligung von Frauen in westlichen Gesellschaften

\*Entmündigung von Frauen in fundamentalistischen Gesellschaften

\*die Abschiebung und

Ausgrenzung von Flüchtlingen

\*Jagd auf sog. Illegalen

\*Infragestellung der

Finanzierung medizinischer Leistungen im Alter

behindert. Dazu gehören Visionen eines anderen Lebens, Formen kollektiven und solidarischen Lebens ebenso wie die Anderen als Mitmenschen. Vor allem die Wahrnehmung ihrer Leiden könnte irritieren und zu einer Verantwortung rufen, die eine Verantwortung für die Schwachen, für die Opfer von Ausgrenzung und Unterwerfung ist. Solch solidarische Verantwortung, die auf den Schrei der Opfer zu antworten sucht, entlarvt die zur Zeit lauthals geforderte „Eigenverantwortung“ als kollektive Verantwortungslosigkeit.

Ergebnis solchen Vergessens ist eine Apathie, für die ‚Undenkbares‘ wieder denkbar und/oder entschuldbar wird: Folter in Guantanamo / USA, im Irak und in Afghanistan, eine innerdeutsche Diskussion, ob Folter zu humanitären Zwecken geboten sein könne. Es ist konsequent, wenn auf den Tabubruch ‚humanitärer‘ Militäreinsätze eine Diskussion über die ‚humanitäre‘ Anwendung der Folter folgte. Die durch gesellschaftliche Apathie wesentlich mit ermöglichte Brutalität wird tagtäglich in einer Politik sichtbar, die Flüchtlinge nur als Sicherheits- und Wohlstandsrisiko wahrnehmen und behandeln kann. Die einzige realpolitische Antwort auf das wachsende Elend von Flüchtlingen ist die Verschärfung von Abschreckung, Abschiebung und Abschottung – bis hin zur Diskussion um der EU vorgelagerte Flüchtlingslager. Für Menschen in Not gelten die offenen Grenzen der Globalisierung nicht. Für sie werden die Grenzen ‚dicht‘ gemacht, die für den Verkehr von Waren und Kapital möglichst unbeschränkt geöffnet werden. Wer gegenüber dem Leid von Menschen immun geworden ist, empfindet nichts bei einer Politik, die durch Zerstörung von Lebensgrundlagen rund um den Globus fortgesetzt Fluchtursachen schafft und Flüchtlinge bekämpft.

***Wir, die Unterzeichnenden, wehren uns dagegen, dass mit den Prozessen, in denen die Welt zur Ware wird, auch das Bild vom Menschen auf seine ökonomische Verwertbarkeit reduziert und er so für erfolgreiches Funktionieren gefügig gemacht wird. Darin sehen wir einen unüberbrückbaren Gegensatz zu dem Bild eines Menschen, der als Mitmensch fähig ist, fremdes Leid wahr zu nehmen und Verantwortung für Gerechtigkeit und Solidarität zu übernehmen.***

## **5. Das Kapital als Götze und der Kapitalismus als ‚Religion‘**

In einer ökonomisierten Welt wird das Kapital „zur alles bestimmenden Wirklichkeit“ (Th. Ruster). In der Sprache jüdisch-christlicher Tradition gesprochen nimmt es damit den Platz Gottes ein und wird zum Götzen. Dabei zeigt sich:

à Die Ökonomisierung der Gesellschaft und des Menschen – ihre gnadenlose Unterwerfung unter die Gesetze der Vermehrung des Kapitals - ist begleitet von ‚religiösen‘ Heilsversprechen: Wer den Gesetzen des Marktes gehorche und sich dabei der ‚unsichtbaren Hand des Marktes‘ anvertraue, werde mit Prestige und Reichtum belohnt. Wer sie ignoriere, werde mit Untergang bestraft.

à Waren sollen Identität und Sinn stiften. So werden in Konsumtempeln und Banken die „Liturgien“ der Waren und des Geldes zelebriert. Geld wird zum ‚Vermögen‘. Wer über Kaufkraft verfügt, kann sich vermeintlich Identität und Sinn leisten. Ohne Kaufkraft vermag der Mensch nichts.

à Der Kult des Kapitalismus ist immer auch Opferkult. Kostensenkung und Sparen, permanente Verschuldung und Entschuldung sind die Opferstrategien des Kapitals. Das Kapital muss durch Opfer wie Sozialabbau, Stellenstreichungen trotz horrender Gewinne usw. gnädig gestimmt werden, damit es seine Versprechen auch einlöst. Dazu – so wird uns von den Opferpriestern und Predigern des Marktes versichert – gebe es keine Alternative.

***Wir, die Unterzeichnenden, wenden uns gegen eine Verwertungslogik, die das Kapital zum Götzen und den Kapitalismus zur ‚Religion‘ erhebt.***

---

*Die christliche Tradition fußt auf den Schriften der Bibel: den jüdischen Schriften des Ersten (Alten) Testaments und den christlichen Schriften des Zweiten (Neuen) Testaments.*

---

## **6. ‚Es gibt keine Alternative!‘ – ein ‚Bekenntnis‘, dem wir widersprechen müssen.**

Da immer mehr Menschen spüren, dass der Kapitalismus seine Versprechen nicht einlösen kann, tritt neben die Heilsversprechen die Behauptung „Es gibt keine Alternative!“

Der Satz „Es gibt keine Alternative.“ ist zum Fundamentaldogma einer Politik geworden, die sich immer vorbehaltloser und uneingeschränkter in den Dienst der grenzenlosen und unendlichen Verwertung des Kapitals stellt. Wenn es keine Alternative gibt, bedarf es auch keiner rechtfertigenden Versprechen mehr, an denen die Verhältnisse gemessen, Anspruch und Wirklichkeit überprüft werden könnten. Widerspruch gegen alternative Verhältnisse ist so sinnlos wie der Widerspruch gegen Naturgesetze. Wenn es keine Alternative gibt, ist auch Demokratie überflüssig. An die Stelle der Herrschaft des Volkes tritt die Herrschaft der sog. Sachzwänge. Zudem droht die Demokratie im europäischen und globalen Zusammenhang in die Rolle eines Wettbewerbshindernisses zu geraten. Ein wettbewerbsfähiger Standort ‚muss‘ schnell und effektiv handeln können. Und so kann es eigentlich niemanden verwundern, dass im Zuge der europäischen Einigung „straffere“, d.h. undemokratischere Strukturen und Verfahren eingeführt werden.

Mit der Behauptung ‚Es gibt keine Alternative.‘ sollen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zementiert werden. Neben einen mit ideologischen Rechtfertigungsmustern (z.B. Wohlstand für alle, Entwicklung für den Süden) verbrämten tritt ein zynischer Kapitalismus, dessen einzige, aber wirkmächtige Form der Selbstbehauptung in der Aussage besteht: „Es ist, wie es ist. Und dazu haben wir keine Alternative.“ Diese Aussage können wir auch als Eingeständnis interpretieren, dass es offensichtlich im Kapitalismus keine Alternativen mehr für eine Welt gibt, in der alle Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können.

Die Behauptung der Alternativlosigkeit zielt auf die Selbstverabsolutierung und Totalisierung. Dem muss jüdisch-christliche Tradition widersprechen, will sie ihren Anspruch nicht aufgeben, dass Gott ‚Herr‘ der Geschichte ist. Die Rede von der ‚Herrschaft‘ Gottes widerspricht allen Herrschaftsansprüchen, die über Menschen erhoben werden. Sie steht für die Hoffnung auf Befreiung von Herrschaft, der Herrschaft von Menschen über Menschen ebenso wie der Unterwerfung der Menschen unter die Herrschaft des Fetischs Kapital. Solange diese Hoffnungen nicht erfüllt sind, bleibt die Geschichte offen und damit auch offen für Alternativen jenseits dessen, was in der ‚Logik‘ des Bestehenden als denkbar und machbar erscheint. So haben wir allen Grund, der Selbstverabsolutierung des Kapitalismus mit unserer Behauptung zu widersprechen: „Eine andere Welt ist möglich.“ Da sie aber offensichtlich nicht im Kapitalismus möglich ist, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.

***Wir, die Unterzeichnenden, protestieren gegen die Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Kirchen, die die Alternativlosigkeit zur herrschenden Politik behaupten und ihre immer neue Krisen produzierende Politik als einzig mögliche Form der Krisenbewältigung zu ‚verkaufen‘ suchen.***

## **7. Die theologische Herausforderung: Gott und Götzen unterscheiden**

Unser Nein zum Kapitalismus ist verwurzelt in der jüdisch-christlichen Tradition. Die Rede von Gott ist hier untrennbar mit der Leidensgeschichte der Menschen, mit ihrem Schrei nach Rettung und Befreiung verbunden. Diese Tradition macht empfindsam und wachsam gegenüber dem, was Menschen angetan wird. Sie findet sich nicht ab mit einer Welt, in der Menschen gequält werden und leiden müssen, in der die einen auf Kosten der anderen leben. Deshalb ruft sie nach Verantwortung, nach einer Antwort auf die Schreie aus menschlichem Leid – nach der Verantwortung der Menschen und nach Gottes Verantwortung.

So wehren wir uns dagegen, dass in der Welt des globalisierten Kapitalismus Menschen leiden müssen, weil ihr Menschenrecht auf Leben und ihre Lebensinteressen und ihre sozialen Menschenrechte immer konsequenter den Gesetzen der Verwertung des Kapitals

geopfert werden. In den Prozessen, in denen das Kapital als „alles bestimmende Wirklichkeit“ durchgesetzt wird, sehen wir einen Widerspruch zu unserem Glauben an die Herrschaft Gottes und der Hoffnung auf sein Reich.

In der jüdisch-christlichen Tradition entdecken wir Bilder vom Menschen und von menschlichem Zusammenleben, die der kapitalistischen Ausgrenzungs- und Verwertungslogik widersprechen. Dies sind vor allem die Bilder vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit. Sie werden entwickelt aus der Erfahrung mit Armut und Ausgrenzung, mit Knechtschaft und Unterdrückung. Dagegen entwerfen sie Bilder einer Welt, in der alle Menschen satt und des Lebens froh werden, alle als gleiche Ansehen und Anerkennung erfahren. Solche Bilder machen widerständig gegen Spaltungen in Arme und Reiche und widerborstig gegen Herrschaft und Macht. Sie wurzeln in einem Gottesgedanken, nach dem Gott als Mutter und Vater aller Menschen alle Menschengeschwister zu der einen Menschheit verbindet. Jede und jeder hat das Recht auf Leben und Anerkennung. Dieses gilt vor allem den Armen und Ausgegrenzten, denen Teilhabe und Anerkennung verweigert wird. Soziale Spaltung sowie wirtschaftliche und politische Unterdrückung sind ein Anschlag auf die menschliche Würde und zugleich eine Lästerung des biblischen Gottes, von dem mit dem Rücken zu den Opfern und ohne vorrangige Option für die Armen und Ausgegrenzten nicht gesprochen werden kann.

***Wir, die Unterzeichnenden, orientieren uns an Vorstellungen und Bildern vom Menschen und menschlichen Zusammenleben, in denen jeder Mensch ein Recht auf Leben und Anerkennung hat und dieses Recht vor allem denen gilt, denen es durch wirtschaftliche und politische Ausgrenzung verweigert wird. Wir fordern die Kirchen auf, an einer anderen Wahrnehmung der Wirklichkeit und an einer anderen Logik, an anderen Deutungs- und Problemlösungsmustern zu arbeiten und wollen auch selbst einen Beitrag hierzu leisten.***

## **8. Die politische Herausforderung**

Unsere Erfahrungen und unsere Diskussionen im Einsatz um Gerechtigkeit und Frieden haben uns zu der Überzeugung gebracht:

**1. Wir sagen „Nein“ zum kapitalistischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Lebensmodell**, weil es keine humanen und ökologischen (Über-) Lebensmöglichkeiten bieten kann. Dieses „Nein“ ist Ergebnis unserer Bewertung der gesellschaftlichen und politischen Situation ebenso wie unseres Versuchs, diese Situation von den Wurzeln der jüdisch-christlichen Tradition her zu verstehen. Insofern drückt sich in diesem „Nein“ unsere Überzeugung als Christinnen und Christen aus.

**2. Dieses „Nein“ zum kapitalistischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Lebensmodell bringen wir als unsere Sicht in den *Processus confessionis* ein**, zu dem der Ökumenische Rat der Kirchen aufgerufen hat, und suchen für dieses „Nein“ eine breite Basis in Kirchen und Gesellschaft. Zu diesem „Nein-Sagen“ gehören die politischen Aktionsformen des Protests gegen das herrschende System sowie dessen De-Legitimierung und Infragestellung, wo immer dies möglich ist.

**3. Im Kapitalismus gibt es keine Alternativen, deshalb brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.** Gegenwärtig scheint ein alternatives System noch nicht sichtbar zu sein. Alternativen können auch nicht in einem fertigen Plan vorgelegt und dann 1:1 umgesetzt werden. Denn viel zu tiefgreifend sind – vor allem mit Blick auf die klassischen Industrieländer – unsere politischen und ökonomischen Strukturen, unser gesellschaftliches Zusammenleben und die Menschen selbst von kapitalistischen Prinzipien und Leitbildern durchdrungen. Dennoch können wir jetzt schon an anderen Sichtweisen und Begriffen arbeiten, die uns helfen, Alternativen denkbar zu machen. Wir können jetzt schon daran arbeiten, unsere Praxis so zu orientieren, dass sie hilft, Alternativen möglich zu machen.

Wesentlich für eine andere Denkweise ist es, sich durch das Leid, das Menschen rund um den Globus angetan wird, orientieren zu lassen. Im Widerspruch dazu kann sie ökonomische und politische Machtstrukturen radikal in Frage stellen und Vorstellungen von Verhältnissen entwickeln, in denen Menschen menschenwürdig leben können. Notwendige Alternativen können nur in einem Prozess ge-

sucht und durchgesetzt werden, in dem wir der Logik des Kapitals widersprechen und uns seinen Verwertungszwängen widersetzen – wo immer das möglich ist.

**4. Alternative Richtungen**, die der Logik des Kapitals widersprechen und sich seinen Verwertungszwängen widersetzen, sehen wir in folgenden zentralen Bereichen:

(a) Wir gehen davon aus, dass es ein Recht auf Leben für alle Menschen auf dem Globus gibt. Die große und ständig wachsende Konzentration von Reichtum in den Händen weniger (Privatpersonen, Konzerne, Banken, politische Eliten) bei gleichzeitiger Verelendung vieler Menschen, widerspricht diesem Recht. Daher müssen wir **Formen des Zusammenlebens finden, die allen Menschen Zugang zu den Gütern eröffnen, die sie zum Leben brauchen**.

Im Rahmen kapitalistischer Lohnarbeit und im Rahmen kapitalistischer Eigentumsverhältnisse kann das Existenzrecht aller Menschen nicht gesichert werden. Es gibt nicht genug Erwerbsarbeit für alle und zudem für viele Armut trotz Arbeit. Deshalb brauchen wir eine Existenzsicherung, die eine „Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand“ und nicht „Sicherung auf niedrigstem Niveau“ meint, unabhängig von Lohnarbeit. Dies ist nur auf der Grundlage anderer Eigentumsverhältnisse möglich. Wir müssen Formen des Arbeitens entwickeln, die allen Menschen ein Leben in Würde und materieller Sicherheit ermöglichen. Wichtige Orientierungspunkte hierfür sind die Diskussionen um die Befreiung der Arbeit von ihrer Reduzierung auf Lohnarbeit, kooperative statt konkurrenzbestimmte Arbeitsformen, eine neue gesellschaftliche und internationale Arbeitsteilung, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und eine bedingungslose Grundversorgung für alle.

(b) Jeder Mensch hat ein Recht auf Achtung und Anerkennung. Die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus den globalen und gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen widerspricht diesem Recht. Daher suchen wir nach **macht- und herrschaftsfreien Formen des Zusammenlebens**, die in den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Machtstrukturen nicht realisiert sind. Die sozialen Bewegungen weltweit können der Ort sein, an dem die VerliererInnen und KritikerInnen des Systems neue Formen von Partizipation und Solidarität gegen die Verwertungslogik des Kapitals und jenseits staatlich funktionalisierter Demokratie entwickeln, einüben und wirkmächtig werden lassen.

Wir suchen nach BündnispartnerInnen, die unsere Kritik und unser Absage an das kapitalistische Wirtschafts- und Lebensmodell teilen und die mit uns nach Alternativen des Lebens suchen wollen. Dazu gehören vor allem diejenigen, die zu den VerliererInnen der Globalisierungsprozesse gehören und daher ein existentielles Interesse an Veränderungen haben. Dazu gehören aber auch alle, die uns helfen immer wieder neu zu analysieren und uns zu orientieren. Dabei sehen wir nicht zuletzt in den Kirchen einen wichtigen Ort der Auseinandersetzung und des Dialogs: Die zentralen Grundorientierungen der Empfindsamkeit gegenüber dem Leiden Anderer, des ungeteilten Rechtes auf Leben und Anerkennung für alle Menschen, das untrennbar mit der Gottestradition verbunden ist sind für die Kirchen verbindlich und können nur um den Preis der Selbstaufgabe zur Disposition gestellt werden. Ein klares Bekenntnis der Kirchen gegen die Tod schaffende kapitalistische Globalisierung wäre die notwendige Kehrseite ihres Bekenntnisses zur Hoffnung auf den befreienden Gott des Lebens.

---

*In den Selbsthilfeorganisationen der Globalisierungsoffer, in der Bewegung der Sozialforen, in den Gruppen, die sich für die Opfer der Globalisierung einsetzen, wie z.B. die Kampagne „Kein Mensch ist illegal!“ erkennen wir Orte und Subjekte der*

**Wir, die Unterzeichnenden, suchen nach einer Welt jenseits' der Unterwerfung unter die Verwertungslogik des Kapitals und setzen uns für Veränderungen hin zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein, die jetzt schon möglich sind.**

---

**Infos und Kontakt:**

**Ökumenisches Netz Rhein Mosel Saar e.V.,**  
Pfarrer-Werner-Mörchen Str. 1, 56564 Neuwied,  
Tel.: (0 26 31) 35 41 - 40, Fax: - 41,  
E-Mail: [oekumenisches.netz@t-online.de](mailto:oekumenisches.netz@t-online.de),